

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

1 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 28 Mark; unter Streifband 68 Mark im Inland, 80 Mark nach dem Ausland. Anzeigen: Zeile 12 Mark, Familienanzeigen 6 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstraße 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Regierungserklärung am Dienstag.

Zurückhaltung der Parteien.

Der Reichskanzler hat gestern im Reichstage die Führer sämtlicher Parteien zu sich gebeten, um ihnen anzukündigen, daß er am Dienstag im Reichstage namens der Reichsregierung eine Erklärung zu der Note der Reparationskommission abgeben werde. Ein früherer Termin sei nicht möglich, da der offizielle französische Text der Doppelnote noch nicht vollständig vorliege und das Kabinett diesen authentischen Text abwarten müsse, ehe es Stellung zu der Entscheidung der Reparationskommission nehme und entscheidende Beschlüsse fasse. Diese Auffassung des Reichskanzlers wurde auch von den Parteiführern geteilt, die sich mit der Abgabe der Regierungserklärung am Dienstag einverstanden erklärten.

Das Reichskabinett tritt, wie bereits angekündigt, heute um 10 Uhr vormittags zusammen. So lange die Beschlüsse nicht vorliegen, fehlt auch den Parteien die Grundlage für ihre Entscheidung. Die Fraktionen haben deshalb sich mit der Entscheidung der Reparationskommission noch nicht befaßt, ausgenommen die Deutschnationalen, die als unbedingte Oppositionspartei sich über ihre Haltung schon gestern schlüssig geworden ist und erklärt, daß die „neue unerhörte Forderung der Entente endlich der Schlusstein der von der Fraktion immer für verfehlt gehaltenen Erfüllungspolitik sein müsse.“

Die übrigen Parteien warten das Ergebnis der Kabinettsberatungen ab.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, da der authentische Text der Note der Reparationskommission noch nicht bekannt ist, mit der Stellungnahme zu warten, bis der französische Text vorliegt.

b Rdn, 23. März.

Die „Rdn. Ztg.“ bespricht die Bestimmung des Beschlusses des Wiedergutmachungsausschusses, die von der Unterdrückung aller Ausgaben für größere öffentliche Bauten handelt, und sagt: „Wird diese Bestimmung durchgeführt, so ist damit ein gut Teil des innerdeutschen Aufbauprogramms erledigt. Man wird versuchen, unsere Eisenbahn- und Kanalbauten zum Stillstand zu bringen, wie sie schon einmal, und zwar zu Kriegsbeginn, zum Stillstand kamen. Die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs und des Verkehrs auf dem Wasser, die durch die deutsche industrielle Entwicklung notwendig geworden war, konnte in der Nachkriegszeit nur in sehr beschränktem Maße wieder aufleben. Werden die neuen Verbandsbedingungen durchgeführt, so ist jeder weitere durch die fortschreitende Entwicklung bedingte Ausbau unseres Verkehrsnetzes erledigt. Was heute als Mangel des Verkehrs, an Gütersperren, Güterstodungen, an Dauer der Umlaufzeit und Ausnutzung des rollenden Materials zu verzeichnen ist, das wird sich zu katastrophalen Einschränkungen herausbilden, wenn man uns die Mittel zum Ausbau versagt.“

Die Militärkontrolle.

Neue Beratungen der Botschafterkonferenz.

London, 23. März.

Reuter erfährt, daß die Botschafterkonferenz ihre nächste Sitzung in Paris am 25. März abhalten werde. Es werde erwartet, daß dann die Frage der Fortdauer der interalliierten militärischen Kontrolle in Deutschland erneut zur Erörterung kommen werde. Die Absicht der britischen Regierung in dieser Frage seien noch nicht bekannt.

Reuter erfährt ferner, daß die Alliierten mit Bezug auf die Note der Vereinigten Staaten, in der sie Bezahlung für die Aufwendungen für ihre Besatzungstruppen am Rhein fordern, in der Weise verfahren werden, daß die Regierungen Groß-Britanniens, Frankreichs und Italiens nach erfolgter Beratung untereinander eine gemeinsame Antwort auf das amerikanische Ersuchen abgeben werden.

* Paris, 23. März.

Poincaré, Lord Curzon und Schanzer haben heute vormittag, bevor sie in die Prüfung der Fragen der nahmen Ostens eintraten, die Note Hughes' über die Bezahlung der Besatzungskosten besprochen. Die Besprechung wurde geheim gehalten, jedoch hat man darüber erfahren, daß Curzon und Schanzer nach London bzw. Rom telegraphisch haben und auch inoffiziell Belgien und Japan gebeten haben, ihre Ansicht über eine Revision der Entscheidung der Finanzminister über die Auf-

umteilung der Goldmilliarde zu geben, die vorgenommen wurde, bevor der Protest der Vereinigten Staaten durch Boyden bekannt geworden war.

Stresemann zur Reparationsnote.

Die Länderkette ohne Kaufkraft.

Der Berliner Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse“ hatte mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, eine Unterredung über die Note der Reparationskommission. Dr. Stresemann beklagt darin vor allem die geistige Einstellung, die aus der Note spricht, und die dazu führe, daß man die auf Genua gesetzten Hoffnungen für eine wirtschaftliche Gesundung Europas aufgeben müsse. Weiter heißt es darin:

„Wie oft sind im letzten Jahre Stimmen aus England und Amerika zu uns gedrungen, Stimmen von wirtschaftlichen Sachverständigen, die uns sagten, daß sie ihre Sache als die unsere betrachteten und daß England und Amerika nicht minder als wir an der Beseitigung eines wirtschaftlichen Zustandes in Europa interessiert seien, der vom Rhein bis zum Ural eine Kette von Ländern ohne Kaufkraft schafft. Alle diese Stimmen haben, wie sich jetzt zeigt, in ihren eigenen Ländern kein Gehör gefunden. Ich selbst habe in der letzten Zeit viel mit Franzosen gesprochen, die mir sagten, daß sie eine Verständigung mit Deutschland aufrichtig wünschten und die mir zustimmten, als ich sie darauf hinwies, die Reparationsfrage könne nur durch eine internationale Anleihe gelöst werden, und als ich sie aufforderte, dahin zu wirken, daß Frankreich seinen vollen Einfluß bei Amerika geltend machen solle, um Amerika zu bestimmen, uns die Anleihe zu gewähren, was natürlich die Beseitigung gewisser Bestimmungen des Vertrages von Versailles zur Voraussetzung haben würde, erklärten sich die Franzosen, mit denen ich sprach, mit alledem einverstanden. Und jetzt kommt die Antwort der Reparationskommission und jetzt, wie in Wirklichkeit die Verständigung aussieht, die man in Frankreich anstrebt. Das Traurigste an dieser Note, wie gesagt, ist der Geist, den sie atmet, sie zerstört alle Verständigungshoffnungen und wirft uns mindestens um ein Jahr zurück.“

Lloyd Georges Mehrheit.

Das Vertrauen für Genua.

London, 23. März. (W. T. B.)

Der Londoner Vertreter des Vossischen Telegraphenbüros erfährt, daß die innerpolitische Lage, die vor einer Woche noch vollkommen unsicher war, jetzt als geklärt angesehen werde. Es werde nicht daran gezweifelt, daß, wenn der Premierminister am Montag in acht Tagen im Unterhause die Politik auseinandersetzt, die die britische Regierung in Genua vorschlagen werde, das Hans durch ein starkes Vertrauensvotum zum Ausdruck bringen werde, daß der Premierminister das Land in seiner überwiegenden Mehrheit bei der Befolgung seiner Genuaer Politik hinter sich haben werde. Es handele sich nicht mehr um die Frage, ob Gegenätze innerhalb der einen oder anderen Partei den Fortbestand der Koalitionsregierung gefährden, sondern um die weit wichtigere Frage, ob das Land gewillt ist, die britische Regierung bei ihrem Entschluß, Europa aus der Kriegsatomosphäre, die noch immer über den Kontinent lagere, herauszuführen und Europa wirtschaftlich wiederherzustellen, zu unterstützen. In dieser Hinsicht bedeute Genua die erste große Gelegenheit, alle europäischen Nationen zusammenzuführen und ihnen zu zeigen, daß sie alle als Glieder eines einzigen großen Wirtschaftskörpers von einander abhängen und daß, wenn eines der Glieder krank sei, alle übrigen darunter leiden müßten.

Die britische Regierung hofft, daß Genua auch zur Behebung der Arbeitslosigkeit in England und zur Wiederherstellung des daniederliegenden englischen Handels beitragen werde. Eine Besserung sei jedoch hier nicht möglich, so lange nicht die politischen und wirtschaftlichen Hindernisse, die einer Wiederherstellung normaler, friedlicher Verhältnisse in Europa im Wege stehen, wegeräumt seien. Dies sei jedoch freilich nicht durch eine Konferenz allein erreichbar, es müßte jedoch einmal ein Anfang gemacht werden, und Genua bedeute daher die Einleitung der neuen Politik des europäischen Zusammenwirkens, die die kommenden Jahre beherrschen müsse, wenn Europa nicht zugrunde gehen solle.

Der Dollar 372,91.

Die New-Yorker Marktparität wird mit 372,91 für den Dollar gemeldet.

Der Ruin des Saargebietes.

Von

Ernst Klein,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Saarbrücken, im März.

In einer Denkschrift, die die Saarbrücker Handelskammer Ende 1921 dem Völkerbundrat überreichte, und in der die führenden Männer und Organisationen von Industrie und Handel über die wirtschaftliche Lage im Saarbecken zu Worte kommen, steht der lapidare Satz, daß das Saargebiet binnen weniger Monate unaufhaltsam dem wirtschaftlichen Ruin entgegengehe, wenn es nicht gelinge, ihm zuletzt noch Hilfe und Rettung zu bringen.

War das nicht zu pessimistisch gesehen? Wurde hier nicht in der Absicht unterstrichen, die zuständige Stelle, eben den Völkerbundrat, zu veranlassen, aufmerksam zu werden, aufmerksam, als er es bisher war? Heute kann man nachprüfen, ob die Warner im Recht waren. Denn es sind Monate seither ins Land gegangen, ohne daß irgendetwas geschehen wäre, um dem Saargebiet wirtschaftlich „Hilfe und Rettung zu bringen.“

In der Tat hat sich die Lage berart zugespielt, daß sie berechtigt erscheint. Die Dillinger Hütte hat Hunderte von Arbeitern entlassen und ihr Schaufelwerk, eines der bedeutendsten in Europa, schließen müssen. Daß es sich hierbei um keine Geste, nicht um irgendeinen Bluff handelt, wird schon dadurch erhärtet, daß die Hütte ganz in französischen Händen ist. Arbeiterentlassungen sind auch bei anderen großen Betrieben an der Tagesordnung oder stehen unmittelbar bevor. Die weiterverarbeitende Eisenindustrie kommt in immer größere Schwierigkeiten. Die wirtschaftliche Leben stockt. Es ist diebstahlartig geworden. Die ernsthaften und genauen Kenner der Gesamtlage sehen heute noch schwärzer als 1921. Und es geschieht nichts.

Die genannte Denkschrift verbreitet sich aber auch mit einer gleichen Deutlichkeit und Bestimmtheit über die Ursachen der saarländischen Wirtschaftskrise, die zum größten Teil nicht eine Auswirkung der Weltwirtschaftskrise ist. Sie ist vielmehr bedingt durch das Eindringen der Franken in den im übrigen auf die Mark eingestellten Geldverkehr im Saargebiet. Der Franc rollt nur vom Jahrlisch bis zur Wechselbank. Das erscheint zunächst wieder als ein Dogma, als eine fixe Idee. Die Regierungskommission wenigstens ist geneigt, das immer wieder glaubhaft zu machen. Und doch muß auch sie zugeben, daß die aus dem Uebergang erklärlieh werdenden wirtschaftlichen Erschütterungen des Saargebietes bedenklicher Natur sind. Die saarländische Industrie ist für den Bezug von Rohstoffen und Hilfsstoffen genau wie für die Einfuhr von Lebensmitteln durchaus auf den deutschen Markt angewiesen, der aber ebenso stark für sie als Absatzmarkt in Frage kommt. Der französische Markt ist nicht kräftig genug, um den Anforderungen, die etwa aus dem Saargebiet an ihn gestellt würden, genügen zu können. Und die verminderte Kaufkraft der Mark verbietet geradezu die Inanspruchnahme des westlichen Marktes. Wenn die saarländische Industrie mit ihrem Absatz konkurrenzfähig bleiben soll, muß sie aus Deutschland Ware beziehen.

Aber das reicht nicht aus, um ihr die Wettbewerbsfähigkeit mit der Industrie Rheinland-Westfalens dort zu sichern, wo beide Konkurrenten sich begegnen: in Mittel- und Süddeutschland. Denn sie arbeitet unter ganz ungeheuerlich gesteigerten Schwierigkeiten und mit so viel höheren Herstellungskosten, daß sie mit Verlust arbeiten muß, wenn sie mit Deutschland konkurrieren will.

Der ausschlaggebende Faktor ist der Kohlenpreis. Wenn die deutsche Industrie für die Tonne 900 Mark zahlt, so die saarländische zu einem Durchschnittskurs von 16 Mark für den Franc 1726 Mark, wobei nicht übersehen werden darf, daß die Saar Kohle qualitativ schlechter ist als die Ruhrkohle, und daß vorläufig wenigstens gar keine Aussicht besteht, daß die Spannung zwischen Mark und Franc auf ein erträgliches Maß herabgedrückt werden kann. Die Mehraufwendung der saarländischen Eisenindustrie für die von der französischen Bergverwaltung bezogene Saarkohle beträgt im Verhältnis zu dem deutschen Kohlenpreis über eine halbe Milliarde Mark. Diese Zahl und die daraus sich ergebenden Folgen machen alle weiteren Ausführungen überflüssig. Man braucht kaum noch auf die in Francen zu zahlenden Löhne, auf die erhöhten Frachtpreise und auf die allerdings sehr wichtige und die Lage grell beleuchtende Tatsache hinzuweisen, daß die Notwendigkeit der Bereitstellung eines Francenbedarfs von 10 bis 15 Millionen für jede einzelne Hütte des Saargebietes zeitlich mit der immer stärker in Erscheinung tretenden Verdrängung der saarländischen Eisenindustrie vom westlichen Auslandsmarkt zusammenfiel, und daß die Hütten infolgedessen den Franc nicht mehr aus ihren durch Auslandsgeschäfte verfügbar gemachten Devisen schaffen konnten, sondern gezwungen